

## Auftrag 1:

1. Lesen Sie den folgenden Artikel sorgfältig durch.
2. Fassen Sie die wichtigsten Punkte auf einer A4-Seite zusammen. Berücksichtigen Sie wichtige Zahlenangaben.
3. Geben Sie Ihr Ergebnis kopiert der Klasse zum Lesen ab.
4. Halten Sie einen Kurzvortrag über die Zusammenfassung von Katharina Schindler

<b>Dokument / Titel</b>	Massenenteignung weisser Farmer beginnt
<b>Untertitel</b>	
<b>Quelle</b>	© Tages-Anzeiger, 7. Juni 2003
<b>Autor</b>	Katharina Schindler Gekürzte und bearbeitete Version von Ruedi Wälti

## Massenenteignung weisser Farmer beginnt

**Simbabwe** / Seit gestern ist es über der Hälfte der weissen Farmer verboten, weiter ihr Land zu bearbeiten. Und in 45 Tagen haben sie endgültig und weitgehend entschädigungslos ihren Hof zu räumen. Wer jetzt noch auf seinem Feld arbeitet, muss für bis zu zwei Jahre ins Gefängnis. Das entsprechende Gesetz hatte Mugabe im Mai erlassen.

Die Enteignung findet mitten in Tabakernte statt, die Simbabwe normalerweise über einen Drittel seiner Devisenerlöse bringt, und mitten in einer eskalierenden Hungersnot, von der nach Regierungsangaben acht der zwölf Millionen Simbabwer betroffen sind. Mit der Besetzung vieler weisser Farmen war die Maisproduktion drastisch behindert worden. Über ein Viertel der Höfe konnte überhaupt nichts mehr anpflanzen.

Betroffen sind nach Angaben des Farmerverbands CFU jetzt etwa 2900 weisse Farmer, die vor dem 10. Mai die so genannte «Section 8»-Aufforderung bekamen, wonach ihr Hof zur Enteignung und Umverteilung an schwarze Siedler vorgesehen sei. Ebenfalls arbeits- und obdachlos werden 230 000 schwarze Farmarbeiter, die auf den Gütern arbeiteten und wohnten. Die meisten anderen weissen Bauernhöfe werden später ebenfalls enteignet. Insgesamt haben bis zum 7. Juni laut CFU 5872 Farmen eine «vorläufige Mitteilung der Zwangsübernahme» erhalten. Mit einer Gesamtfläche von 10,5 Millionen Hektar entspricht dies 93 Prozent des gesamten privat bewirtschafteten Farmlands in Simbabwe. Damit ist nach Auffassung der CFU «das Ende der kommerziellen Landwirtschaft in Simbabwe» gekommen.

## Milliardenverluste

Seit Beginn der von der Regierung Mugabe initiierten wilden Farmbesetzungen im Februar 2000 wurden bereits 653 Farmer- und Farmverwalterfamilien sowie 15 154 Familien von Farmarbeitern vertrieben. Das entspricht insgesamt 76 000 Menschen. Mehr als ein Drittel dieser willkürlichen Vertreibungen fanden nach den Präsidentschaftswahlen im März statt, die Mugabe durch umfangreichen Wahlbetrug gewann. Zugleich wurden Fahrzeuge, Maschinen und anderes Eigentum der Farmer in der Grössenordnung von 240 Millionen Franken beschlagnahmt oder gestohlen.

Weitere Millionenverluste brachte der Diebstahl von 387 000 Rindern. Der simbabwische Wirtschaftsexperte Eddie Cross beziffert den von der Regierung als «Landreform» deklarierten Raub von privatem Eigentum auf umgerechnet 18 Milliarden US-Dollar, wenn die jetzigen und

künftigen Enteignungen hinzugerechnet werden. Dies entspricht dem Dreifachen des jährlichen Bruttoinlandprodukts Simbabwe.

### **An eigene Klientel**

Obwohl die Regierung immer wieder versicherte, dass die enteigneten weissen Bauernhöfe in die Hand landloser Schwarzer gehen sollten, erhielten von den erfahrenen Landarbeitern bisher lediglich 2 Prozent die Zusage, Ackerland zu erhalten. Viele der Höfe gehen in den Besitz von Ministern sowie hohen Partei- und Regierungsfunktionären über, die sich schon in der Vergangenheit bereichert hatten. Die früher übernommenen Farmen wurden ihnen von der Regierung für eine minimale Pacht auf lange Zeit übereignet. Ein Farmbesitzer erklärte kürzlich gegenüber dem Londoner «Telegraph», dass er für die Ermordung des weissen Farmers Martin Old im April 2000 verantwortlich war. «Wir hatten Befehle von höchster Stelle, denn jemand von denen wollte Olds Land», erklärte er.

Währenddessen hat der Landraub dazu geführt, dass in diesem Jahr die Maisernte nur zwischen 600 000 und 1 Million Tonnen betragen wird. Im Jahr 2000 waren es 2,4 Millionen Tonnen. Auch beim Tabak wird die Ernte nur die Hälfte jener des Jahres 2000 betragen. Die Devisenknappheit führt schon jetzt dazu, dass die Industrie viele Rohstoffe und Ersatzteile nicht mehr einführen kann und Spitälern die Medikamente ausgehen. Laut Schätzungen wird die Wirtschaftskraft Simbabwe in diesem Jahr um 10 Prozent zurückgehen.

## Schaden für ganz Afrika

### Kommentar von Katharina Schindler

Acht Millionen Menschen sind in Simbabwe vom Hunger bedroht - und der Präsident stösst die kommerzielle Landwirtschaft mit einem Handstreich in den Ruin. Im Spätherbst seines Wirkens werden Robert Mugabes Entscheide immer irrationaler. Verbissen klammert er sich an die Macht und setzt mit Gewalt durch, was er in zwei Jahrzehnten an der Staatsspitze zu tun versäumte: die Umverteilung des Landes.

Zwar täte eine Landreform bitter Not. Noch immer lässt sich im ganzen südlichen Afrika die einstige koloniale Ungerechtigkeit an der Landverteilung ablesen. Nicht nur in Simbabwe, auch in Südafrika und Namibia sind praktisch alle fruchtbaren Böden in den Händen weisser Grossgrundbesitzer, während sich Millionen schwarzer Kleinbauern auf schlechter Erde abrackern. Doch Mugabes ersatzlose Enteignungen widersprechen den rechtsstaatlichen Prinzipien und schaden dem Land. Auch deutet nichts darauf hin, dass arme Landlose je in Besitz von Ländereien kommen. Vielmehr sind es Mugabes Günstlinge, die in grossem Stil von der Umverteilung profitieren. Seine Glaubwürdigkeit hat Mugabe längst verspielt, nun wird er immer mehr zur Hypothek für ganz Afrika. Die Präsidenten Südafrikas, Nigerias und Senegals werben diese Woche am G-8-Gipfel für einen Entwicklungsplan für Afrika, der Schuldenerlasse und Kreditspritzen in Milliardenhöhe vorsieht - im Gegenzug für gutes Regieren. Dass ausgerechnet Mugabe, der lange Zeit als Hoffnungsträger galt, zum herrschsüchtigen Despoten mutierte, ist schlechteste Werbung für den schwarzen Kontinent: Er entspricht genau jenem Klischee, das die afrikanischen Staatsmänner in Kanada zu entkräften trachten.

## Auftrag 2:

- 1. Fassen Sie den folgenden Artikel auf einer A-4 Seite zusammen.**
- 2. Diskutieren Sie in Gruppen, inwiefern sich der „11. September“ bemerkbar macht.**
- 3. Zeichnen Sie ein Diagramm über die Entwicklung der Hilfgelder aus den Industrienationen und stellen Sie es der Klasse vor.**
- 4. Erklären Sie der Klasse, wie „Unterernährung“ definiert wird.**

<b>Dokument / Titel</b>	Hunger ist Nährboden für Extremismus
<b>Untertitel</b>	
<b>Quelle</b>	© Tages-Anzeiger, 7. Juni 2003
<b>Autor</b>	Oliver Meiler, Rom Gekürzte und bearbeitete Version von Ruedi Wälti

**Ernährungsgipfel:** *Am Montag beginnt in Rom die Uno-Ernährungskonferenz. Das 1996 gesteckte Ziel, die Zahl der Hungernden zu halbieren, ist nicht zu erreichen. Weltweit sind es noch immer über 800 Millionen Menschen.*

## Hunger ist Nährboden für Extremismus

815 Millionen Menschen leiden an Hunger. Hartwig de Haen von der Uno-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) beklagt mangelnden politischen Willen.

Mit Hartwig de Haen\* sprach Oliver Meiler in Rom.

*\* Der deutsche Agrarwissenschaftler Hartwig de Haen ist beigeordneter Generaldirektor der in Rom ansässigen FAO (Food and Agriculture Organization). Er ist zuständig für das Ressort Wirtschaft und Soziales. Davor war er Professor für Agrarökonomie an der Universität Göttingen.*

*Professor De Haen, warum gelingt es nicht, den Wohlstand auf der Erde so zu verteilen, dass alle Menschen genug zu essen haben?*

Bei der Bekämpfung von Hunger und Armut handelt es sich nicht nur um einen externen Umverteilungsprozess, sondern vordringlich um eine Entwicklungsfrage in den Länder der Dritten Welt. Die Landwirtschaft spielt im Entwicklungsprozess eine Schlüsselrolle. Sie war der Motor für schnellere Entwicklung, von der insbesondere die Armen profitieren konnten. Das Gleiche galt einst auch für die heutigen Industrieländer: Keines davon konnte die landwirtschaftliche Entwicklungsphase überspringen. Doch im Grossteil der armen Länder wird die ländliche Bevölkerung noch immer diskriminiert. Im Interessenkonflikt zwischen Stadt und Land optieren viele Regierungen für die urbanen Zentren und deren Industriebau, weil ihnen die Armen auf dem Land für den Machterhalt weniger wichtig scheinen.

*Sie deuten einen weiteren Erklärungsfaktor an.*

Ja, Hunger ist auch die Folge von Interessenkonflikten, die zwischen den Ländern bestehen. Es gibt über den internationalen Markt keine hinreichend funktionierenden Mechanismen, die einen Ausgleich zwischen Arm und Reich bewirken könnten. Es müsste schon der politische Wille wachsen, die Ressourcen gerechter aufzuteilen oder allen Menschen die gleichen Entwicklungschancen zu gewähren: die auf Arbeit, auf Bildung, auf Nahrung. Der Markt müsste so reguliert werden, dass alle eine faire Chance haben.

*Eine Utopie?*

Es ist zumindest ein Ideal. Wobei wir von der FAO neuerdings mehr als früher nicht nur an die moralische Verantwortung der Regierungen appellieren, sondern auch an das Eigeninteresse aller, die Regeln so zu gestalten, dass auch die Armen teilnehmen können am Wohlstand.

*Worin besteht dieses Eigeninteresse?*

Besser ernährte und weniger arme Menschen würden für Volkswirtschaften mit höherer Kaufkraft sorgen, und zwar nicht nur auf den heimischen Märkten, sondern auch auf dem Weltmarkt. Zudem wachsen so Gesellschaften heran, in denen weniger Abwanderungsdruck besteht, sowohl vom Lande in die Städte wie auch aus diesen Ländern in die reichen Länder. Das könnte von Interesse sein, etwa für Europa. Ein Abbau von Hunger und Armut würde ausserdem die Gefahr verringern, dass Kriege entstehen, dass sich Spannungen aufbauen. Armut und Hunger sind ein Nährboden für Extremismus, vielleicht sogar für Terrorismus.

*Hat der 11. September den politischen Willen zum Umdenken, zur besseren Verteilung des Wohlstands geschärft?*

Ja, ich bin überzeugt davon. Ob der Trend dauerhaft sein wird, wird sich zeigen. Doch immerhin: Es ist in der Politik die Erkenntnis gewachsen, dass Menschen, die hungern und arm sind, anfälliger sind für extremistische Ideologien. Der Terror lässt sich nicht nur mit Militär und Geheimdienst bekämpfen, sondern man muss vor allem die Gerechtigkeit in der Welt erhöhen, mit friedlichen Mitteln. Und man muss die Armut dort bekämpfen, wo sie vornehmlich herrscht, nämlich in den ländlichen Gebieten dieser Welt, wo zwei Drittel aller Armen leben. Viele von ihnen hängen von der Landwirtschaft ab.

*Wann gilt ein Mensch als unterernährt?*

Ein Mensch leidet dann an chronischem Hunger, wenn er nicht regelmässig das Minimum an Nahrungsenergie aufnehmen kann, das notwendig ist, um ein aktives und gesundes Leben zu führen. Dieses Minimum hängt von der durchschnittlichen Alterszusammensetzung, der Körpergrösse und dem Geschlecht ab. Es liegt im Durchschnitt der Länder ungefähr bei 1800 Kilokalorien pro Tag. (7500 Kilojoule)

*Über 800 Millionen Menschen müssen mit weniger auskommen. Die FAO hat sich 1996 das Ziel gesteckt, die Zahl der weltweit Hungernden bis 2015 auf 400 Millionen zu reduzieren. Wo stehen wir heute?*

Zunächst ist hervorzuheben, dass die Zahl der Hungernden nach unseren Schätzungen abgenommen hat, auch in den 90er-Jahren. Das ist angesichts des Bevölkerungswachstums bemerkenswert. Aber diese Abnahme ist zu langsam. Die Verminderungsrate beträgt rund sechs Millionen Hungernde im Jahr. Um das für 2015 gesteckte Ziel zu erreichen, müssten es aber jährlich 22 Millionen sein.

*Die Zahlen sind ernüchternd. Sind denn auch die internationalen Hilfeleistungen gekürzt worden, trotz der schönen Worte?*

Ja, die offizielle Entwicklungshilfe ist stark zurückgegangen. Vor allem jener Anteil, der in die Landwirtschaft und in die ländlichen Gebiete geflossen ist. Zwischen 1990 und 1999 verzeichneten wir einen realen Rückgang von 31 Prozent, die Hilfe zu Gunsten der Landwirtschaft im engeren Sinn sank sogar um 48 Prozent.

*Wie erklären Sie sich das?*

Wir bedauern es, weil wir uns im Grunde alle einig waren, dass der Grossteil der Armen in ländlichen Gebieten lebt. Wenn man also die Entwicklung in diesen Gegenden der Dritten Welt nicht fördert, wächst die Urbanisierung. Die Menschen werden also künftig noch mehr in die Städte abwandern, dorthin, wo die Hilfe hinfliesst. Gerade das will man aber nicht. Doch auch die betroffenen Länder haben ihre Prioritäten falsch gesetzt.

*Wie will die FAO konkret den politischen Willen zu einem Abbau des Hungers mobilisieren? Nichtregierungsorganisationen haben einen Verhaltenskodex vorgeschlagen.*

Ja, denn es gibt ein Menschenrecht auf Nahrung, das in der Uno-Charta von 1948 enthalten ist. Dieses Recht wird am Welthungergipfel diskutiert werden müssen, wenngleich es noch keinen Konsens darüber gibt, wie man es in die nationalen Gesetzgebungen umsetzen, wie man die Regierungen in die Pflicht nehmen könnte. Einige Länder machen mehr Druck in diese Richtung als andere.

*Wer sträubt sich denn dagegen?*

Es ist kein Geheimnis, dass die USA zu den Kritikern des Verhaltenskodex gehören. Auch unter den Entwicklungsländern gibt es unterschiedliche Positionen.

*Hängt das jeweils mit dem Grad der Demokratisierung dieser Staaten zusammen?*

Das mag sein. Es gibt aber auch Länder, die relativ weit sind bei der praktischen Umsetzung des Rechts auf Nahrung. Sie haben soziale Netze geschaffen, die vergleichbar sind mit der Wohlfahrtsgesetzgebung in den reichen Ländern. Zum Beispiel Indien, Ägypten und Länder Lateinamerikas.

*Andere, besonders arme Länder, so konstatiert die FAO, haben dagegen ihre militärischen Ausgaben erhöht.*

Wir haben nicht die Macht, ihre Rüstungsausgaben festzulegen. Wir können nur wiederholen, dass öffentliche Mittel zur Hungerbekämpfung benutzt werden sollten und nicht für den Kauf von Waffen.

*Doch wir reden ja vom Menschenrecht auf Nahrung. Gäbe es keine Druckmittel, zum Beispiel Uno-Resolutionen, die diese Länder zur konsequenten Aufwendung von Geldern für den Kampf gegen den Hunger zwingen könnten?*

Das Recht auf Nahrung ist gleichrangig und verbunden mit anderen Menschenrechten in der Charta: etwa jenen auf Entwicklung, auf Information, auf Bildung, auf Arbeit.

*Schon, aber die Ernährung ist doch die Grundvoraussetzung für den Genuss kultureller, sozialer und politischer Rechte?*

Es ist klar, dass das Menschenrecht auf Nahrung als Erstes erfüllt sein muss. Kein Arbeitgeber gibt einem chronisch hungernden Menschen einen Job, weil der zu schwach wäre, die Arbeit zu verrichten.

*Verspricht sich die FAO von der Biotechnologie einen Ausweg aus dem Teufelskreis?*

Wir sehen in der Biotechnologie und in ihrer Anwendung auf die Landwirtschaft ein grosses Potenzial. Es gibt aber auch Risiken für Gesundheit und Umwelt. Darum plädieren wir für eine internationale Harmonisierung der Anerkennungsregeln für gentechnisch modifizierte Produkte. Es sollte Produkt für Produkt entschieden werden. Wir fordern weiter, dass die potenziellen Nutzen der Biotechnik stärker für die Entwicklungsländer verfügbar gemacht werden.

*Sind sie das nicht?*

Bisher war es so, dass die Forschung sehr stark vom Markt gesteuert wurde. Die Industrie hat also schwergewichtig in jene Produkte investiert, die von den Landwirten der Industrienationen angefordert wurden. Vor allem von den amerikanischen Bauern, wo immer noch Skepsis vorherrscht. Ausnahmen sind rar, eine ist China. Und auch in Indien tut sich etwas.

*Gibt es Schätzungen, wie gross das Potenzial ist?*

Nein, denn wir kennen die mögliche Ertragssteigerung durch Biotechnik gerade von jenen Nahrungsmitteln nicht, die für Hunger leidende Bevölkerungen nötig wären. Doch wir haben eine Studie vorgelegt zur langfristigen Kapazität der Welt, die Bevölkerung zu ernähren bis zum Jahr 2030. Darin kommen wir zum Schluss, dass die Bekämpfung des Hungers auch mit konventionellen Methoden erfolgreich sein kann.

*Könnten Sie Beispiele nennen?*

Pflanzen könnten resistenter gemacht werden gegen Krankheitserreger, und so könnten die teuren und umweltbelastenden Pestizide reduziert werden. Es könnte zum Beispiel durch den Transfer eines Gens auch die Trockenheitstoleranz der Pflanzen erhöht werden, was vor allem den Bauern im südlichen Afrika zu stabileren Produktionsmengen verhelfen würde. Insgesamt betrachtet, ist die Biotechnologie also auch deshalb wichtig, weil sie enorm dazu beitragen kann, die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu steigern. Von welcher Bedeutung das für die Bekämpfung von Hunger und Armut ist, hat die

«grüne Revolution» in beeindruckender Weise gezeigt. Neue Technologien sind aber nur dann erfolgreich, wenn sie an die Verhältnisse in den jeweiligen Ländern angepasst werden. Gerade hier sehen wir aber noch einen grossen Nachholbedarf für die Zukunft.

## **Auftrag 3:**

- 1. Fassen Sie den folgenden Artikel auf einer A-4 Seite zusammen.**
- 2. Halten Sie der Klasse einen Kurzvortrag über dieses Thema**

<b>Dokument / Titel</b>	Afrika krankt wegen der Landwirtschaft
<b>Untertitel</b>	
<b>Quelle</b>	© Tages-Anzeiger; 2002-06-07
<b>Autor</b>	Peter Baumgartner, Nairobi

## Afrika krankt wegen der Landwirtschaft

Die Ursachen von Hungerkrisen in Afrika wurzeln nicht allein in Produktionsdefiziten. Sie sind ebenso sehr ein strukturelles Problem.

Von Peter Baumgartner, Nairobi

*Über zehn Millionen Menschen in verschiedenen Staaten des südlichen Afrikas sind bis zur nächsten Ernte im September/Oktober auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Die Dürre der vergangenen Monate hatte zerstört, was auf Feldern und Äckern gewachsen war; die Menschen hungern. Besonders übel dran ist der Kleinstaat Malawi, wo bereits im vergangenen Jahr die Ernten ausgesprochen schlecht ausgefallen waren und die Regierung damals fahrlässigerweise die Lagervorräte verkauft hatte, um Devisen zu erhalten.*

Die deprimierende Lage im südlichen Afrika war bisher der Weltöffentlichkeit kaum ein paar Zeilen wert. Alarmierende Nachrichten über Hunger in Afrika gelten als charakteristisch für einen Kontinent der Krisen, Kriege und Katastrophen und werden in der Regel allein der unzureichenden Nahrungsmittelproduktion zugeschrieben. Diese voreilige Sicht verstellt den Blick auf die tieferen Ursachen von Hungersituationen wie vor allem auf die vielfältigen internen wie externen Probleme der Landwirtschaft in Afrika.

Beim Entstehen von Hungerkrisen wirken verschiedene Faktoren ineinander. Während der Kausalzusammenhang zwischen kriegerischen Ereignissen und Hunger auf der Hand liegt - in Bürgerkriegszeiten können die Bauern weder säen noch ernten - ist die Wechselwirkung von Witterungsbedingungen und Hungerkrisen ungleich komplexer: Sie rührt an die Grundstrukturen der afrikanischen Landwirtschaft.

«Afrika krankt, wenn die Landwirtschaft Schwierigkeiten hat», schrieb zu Beginn der 90er-Jahre die Weltbank. Die Beurteilung trifft den Punkt, auch wenn es gerade Weltbank und Internationaler Währungsfonds waren, die mit ihren Strukturanpassungsmassnahmen zur Verarmung der

Landbevölkerung beitragen. Mitverantwortlich sind auch die Regierungen vieler Staaten, die der Landwirtschaft längst nicht jene Aufmerksamkeit schenken, die sie auf Grund ihrer zentralen Bedeutung für breite Bevölkerungsschichten geniessen müsste. In kaum einem Staat zählt das Landwirtschaftsministerium zu den Schlüsselressorts. Jahrelange Versäumnisse und Misswirtschaft der hochproblematischen halbstaatlichen Vermarktungsgesellschaften für Landwirtschafts-produkte wurden stillschweigend akzeptiert, weil diese Institutionen ausgesprochen einträgliche Pfründen waren für die Politikerkaste und ihre Familien.

### **Extremes Wetter, extreme Folgen**

Rund zwei Drittel der Menschen auf dem Kontinent leben direkt oder indirekt von der Landwirtschaft, sie erarbeitet gut zwei Fünftel des kontinentalen Bruttosozialprodukts. Die meisten afrikanischen Staaten sind Agrarstaaten - mit wenigen Ausnahmen, beispielsweise Südafrika mit seinem hohen Industrialisierungsgrad. Dort bestreiten nur gerade 11 Prozent der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, in Äthiopien etwa oder in Malawi, Burundi, Ruanda, Guinea oder Burkina Faso sind es über 85 Prozent.

Bei solcher Ausschliesslichkeit wirken sich in Afrika Dürreperioden oder verheerende Regenfälle viel unmittelbarer und einschneidender aus, umso mehr, als keinerlei Versicherungen bestehen und allfällige Schadenersatzzahlungen des Staates meistens Jahre auf sich warten lassen. Insofern zeigen sich gewisse Parallelen zum Zerfall der Rohstoffpreise, etwa beim Kaffee. Welch weit reichende Folgen diese Abhängigkeiten haben können, zeigt das Beispiel der kleinen Kaffeebauern im zentralen Kenya. Seit dem drastischen Einbruch der Kaffeepreise auf das Niveau der 60er-Jahre ist die Einschulungsquote der Primarschüler in den klassischen Kaffeedörfern deutlich gesunken: Es fehlt das Geld für die Schulgebühren.

Die Fläche des afrikanischen Landwirtschaftslandes ist, gemessen an der gesamten Fläche des Kontinents (29,6 Millionen Quadratkilometer), verschwindend klein: 5,8 Prozent, also rund 1,7 Milliarden Hektar werden für Ackerbau benutzt, 200 Millionen Hektar (0,7 Prozent) für Dauerkulturen (Kaffee, Tee, Kakao, Baumwolle, Erdnüsse usw.), 110 Millionen Hektar (0,4 Prozent) sind bewässert. Der Rest des Kontinents besteht aus grossen, teilweise von Viehbauern beanspruchten Naturweiden, ferner aus Savannen, Buschland, Wäldern, Wüsten, Gewässern und Siedlungen. Was nach enormen Reserven aussieht, täuscht. In den meisten afrikanischen Staaten wird dasjenige Land knapp, das von der Bodenqualität wie von einer einigermaßen sicheren Niederschlagsmenge her für den Ackerbau taugt.

## Der Drang nach Boden

Ein feines Indiz für diese Entwicklung sind die immer häufiger auftretenden Auseinandersetzungen zwischen Rinderhirten und Ackerbauern, etwa in Nigeria oder den Sahelstaaten. Zahlreiche ethnische Konflikte der vergangenen Jahre sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Anderswo führt der durch das Bevölkerungswachstum verstärkte Drang nach Boden zum Raubbau in den Wäldern; extreme Beispiele sind etwa Guinea oder Kenya, das drauf und dran ist, den Wasserhaushalt im Umfeld des Mount Kenya und des Aberdare-Massivs nachhaltig zu zerstören. Solange andere Beschäftigungsmöglichkeiten, etwa im Kleingewerbe, fehlen, bleibt die Landwirtschaft für viele der einzige Ausweg zur Einkommenssicherung. In Kenya beispielsweise drängen jedes Jahr rund 400 000 Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt, vielleicht 20 000 können mit einer formellen Anstellung rechnen.

In der afrikanischen Landwirtschaft bilden die Kleinbauern die grosse Mehrheit, wobei der grösste Teil der Arbeit auf den Feldern von den Frauen erledigt wird, denen traditionellerweise die Versorgung der Familie obliegt. Ihr wichtigstes Werkzeug ist die Hacke, das afrikanische Universalinstrument schlechthin. Diese Kleinbauern betreiben die so genannte Subsistenz-Landwirtschaft, das heisst, sie pflanzen für den Eigenbedarf an.

Sofern es Landgrösse, Ernteertrag und Eigenkonsum zulassen, werden die bescheidenen Überschüsse zu Märkte getragen.

## Tonnenweise Nahrungsmittel

In den notorisch witterungsfragilen Regionen - etwa in Äthiopien oder in verschiedenen Staaten des südlichen Afrikas - wird diese Abhängigkeit zur Existenzfrage. Fällt wegen Trockenheit die Ernte aus, sind die Vorräte und etwas später auch die mageren eisernen Geldreserven aufgebraucht. Dann ist der Hunger nicht mehr fern, zumal in solchen Krisensituationen keine Möglichkeiten bestehen, durch Lohnarbeit die Ausfälle wenigstens zum Teil wettzumachen. Aber es hungern nicht alle, sondern nur die Armen. Ihnen fehlen die Mittel, um die durchaus vorhandenen Nahrungsmittel zu kaufen, die sich tonnenweise in den Lagerhäusern stapeln und in kleineren Mengen in den Dorfläden.

Hier liegt der Kern des Problems: Hungerkrisen und Ernährungsschwierigkeiten sind nicht allein bedingt durch die fehlenden Produktionsmengen, sondern sind eine Frage der Verteilung und

somit eine unmittelbare Folge der strukturellen Armut. Hunger ist ein politisches Problem. Aufschlussreich ist aus dieser Sicht der von den afrikanischen Staaten vorgelegte Plan zur Genesung des Kontinents, New Partnership for African Development (Nepad). In seinen strategischen Zielen zur Bekämpfung der Armut figuriert die Stärkung der eigenen Ressourcen als zentrales Postulat, und explizit wird die Förderung der Landwirtschaft als einer der Wege bezeichnet, um aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen. Von ihr sind in Afrika jedes Jahr mehr Menschen betroffen.

Allerdings stehen gerade diesem Anliegen zwei nicht zu unterschätzende Hürden im Wege: zum einen die Schuldenlast, die auf den afrikanischen Staaten liegt und von ihnen Zinszahlungen abverlangt, die weit über den Entwicklungshilfeleistungen stehen, zum anderen der erschwerte Zugang zum Welthandel. Der Agrarkontinent Afrika, dessen Staaten auf Druck der westlichen Geldgeber die Grenzen für Importe aller Art öffnen mussten, steht in Konkurrenz zu Landwirtschaftsprodukten aus Europa und den USA, die mit gigantischen Summen subventioniert werden.

Erst vor kurzem hat US-Präsident George W. Bush im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen die Zuschüsse an die amerikanischen Farmer um 19 Milliarden US-Dollar angehoben, um den Pflanzern von Erdnüssen und Baumwolle unter die Arme zu greifen. Gegen diese Art von Dumping-Politik haben die afrikanischen, in der Sahelzone lebenden Produzenten von Erdnüssen und Baumwolle keine Chance.